

Wohnen bleiben im Quartier - auch bei Pflegebedürftigkeit. Sorgende Gemeinschaften stärken und sektorenübergreifende Ansätze erproben.

Hamburgische Bürgerschaft

Drucksache: 23/3726 | Datum: 2026-04-08 | Fraktion(en): SPD, GRÜNE | GWÖ-Score: **9.0/10**

[++] Empfehlung: Uneingeschränkt unterstützen

Der Antrag im Überblick

Der Antrag fordert die strukturelle Verankerung des Konzepts 'sorgender Gemeinschaften' in Hamburgs Pflegeplanung, die kleinräumige Auswertung der sozialen Infrastruktur und regelmäßige Berichterstattung zu laufenden Modellvorhaben.

- Etablierung sorgender Gemeinschaften bis 2031 in der Rahmenplanung
- Prüfung kleinräumiger Darstellung im Cockpit Soziale Infrastruktur
- Berichterstattung über § 123 SGB XI-Modellvorhaben im Q3/2028

GWÖ-Treue

Score: 9.0/10

Begründung: Der Antrag fördert systematisch das Wohnen bleiben im Quartier für pflegebedürftige Menschen — ein zentrales Element sozialer Gerechtigkeit (D4), Solidarität (D2) und Menschenwürde (D1). Er stärkt bürgerschaftliche Mitverantwortung, vernetzt professionelle und ehrenamtliche Unterstützung und zielt auf eine kleinräumige, bedarfsgerechte Sozialplanung ab. Die Forderung nach Anpassung des 'Cockpit Soziale Infrastruktur' unterstützt Transparenz & Mitbestimmung (D5) und ermöglicht partizipative Steuerung. Kein Feld widerspricht GWÖ-Werten; mehrere Felder erhalten ++-Bewertungen.

Schwerpunkte: D1, D2, D4

Matrix-Zuordnung (Matrix 2.0 für Gemeinden)

| | 1 | 2 | 3 | 4 | 5 |
|-----------------------|---|---|---|---|---|
| A: Lieferant:innen | | | | | |
| B: Finanzen | | | | | |
| C: Führung/Verwaltung | | | | | |

| | 1 | 2 | 3 | 4 | 5 |
|-----------------------|----|----|----|----|----|
| D: Bürger:innen | ++ | ++ | | ++ | ++ |
| E: Gesellschaft/Natur | | | ++ | | |

Legende: ++ stark fördernd, + fördernd, ○ neutral, – widersprechend, -- stark widersprechend

Berührte Themenfelder

- **D1:** Selbstbestimmtes Wohnen trotz Pflegebedarf, Vermeidung von Heimeinweisung gegen den Willen [++]
- **D2:** Stärkung bürgerschaftlicher Mitverantwortung, gegenseitige Unterstützung, Selbsthilfe [++]
- **D4:** Bedarfsgerechte, quartiersnahe Pflegeinfrastruktur, integrierte Sozialplanung [++]
- **D5:** Kleinräumige Datenaufbereitung im Cockpit zur partizipativen Planung und Berichterstattung [++]
- **E3:** Quartiersorientierung reduziert Verkehr, fördert Nahversorgung, trägt indirekt zu Klimaschutz bei [++]

Programmtreue

SPD (Antragsteller)

Wahlprogramm: 9.0/10 — Der Antrag spiegelt exakt die SPD-Hamburg-Kernziele zu altersgerechter Quartiersentwicklung, Wohnen im Alter und solidarischem Zusammenhalt wider — insbesondere die Verankerung des 'Wohnens bleiben im Quartier' als politisches Ziel und die Fokussierung auf Lebensqualität, Teilhabe und infrastrukturelle Sicherung.

Parteiprogramm: 9.0/10 — Vollständige Übereinstimmung mit dem Hamburger Programm 2007: Soziale Stadtpolitik (Q6), Sicher und aktiv im Alter (Q7), Verantwortung für die Finanzierung des Sozialstaats (Q8) und kommunale Aufgabe der Hilfe in Notlagen (Q10). Der Antrag operationalisiert diese Grundwerte konkret.

GRÜNE (Antragsteller)

Wahlprogramm: 9.0/10 — Der Antrag ist eine direkte Umsetzung des Regierungsprogramms 2025: 'Hamburg fit im Alter', 'Teilhabe älterer Menschen an allen gesellschaftlichen Bereichen', 'barrierefreie Wege', 'LSBTIQ*-sensible Pflege' und 'demenzsensible Pflege'. Die Konzepte 'sorgende Gemeinschaften' und 'Cockpit Soziale Infrastruktur' sind dort explizit vorgesehen.

Parteiprogramm: 9.0/10 — Der Antrag entspricht vollständig dem Grünen Grundsatzprogramm 2020: Förderung ambulanter Wohn- und Pflegeformen (Q16), generationsübergreifendes Wohnen (Q17), gleichwertige Lebensverhältnisse (Q18), patientenzentrierte Versorgung (Q20) und gemeinwohlorientierte Gesundheitsfinanzierung (Q19).

CDU

Wahlprogramm: 5.0/10 — Keine Quellen zum Hamburg-Wahlprogramm verfügbar; NRW-Wahlprogramm enthält keine konkreten Aussagen zur Quartierspflege oder

'sorgenden Gemeinschaften'. Allgemeine Klima- und Infrastrukturziele zeigen partielle Überschneidung, aber kein klares Profil für diesen Antrag.

Parteiprogramm: 6.0/10 — Das CDU-Grundsatzprogramm 2024 betont Subsidiarität, Schöpfungsverantwortung und soziale Marktwirtschaft — dies lässt Raum für quartiersbasierte Lösungen, aber nicht explizit für 'sorgende Gemeinschaften' als staatlich gefördertes Modell. Keine direkten Zitate passen.

LINKE

Wahlprogramm: 0.0/10 — Keine Quellen im Index — Bewertung nicht möglich.

Parteiprogramm: 0.0/10 — Keine Quellen im Index — Bewertung nicht möglich.

AfD

Wahlprogramm: 0.0/10 — Keine Quellen im Index — Bewertung nicht möglich.

Parteiprogramm: 0.0/10 — Keine Quellen im Index — Bewertung nicht möglich.

Verbesserungsvorschläge

Original:

Die Modellprojekte können auch in Hamburg, einen Beitrag zur Stärkung „sorgender Gemeinschaften“ beziehungsweise von „caring communities“ leisten.

Vorschlag:

Die Modellprojekte **sollen** in Hamburg einen zentralen Beitrag zur Stärkung „sorgender Gemeinschaften“ leisten — als **rechtlich verankerten Bestandteil der pflegerischen Rahmenplanung**, unter besonderer Berücksichtigung von LSBTIQ*-Sensibilität, Demenzkompetenz und barrierefreiem Zugang.

Stärkt GWÖ-Felder D1 (Menschenwürde), D2 (Solidarität) und D4 (Soziale Gerechtigkeit) durch klare Verbindlichkeit, Inklusion und Rechtsanspruch.

Original:

Ergänzend dazu ist es nötig, das elektronische Planungssystem „Cockpit Soziale Infrastruktur“ zukünftig dahingehend anzupassen, dass eine kleinräumigere Betrachtung der pflegerischen Versorgungs- und Unterstützungsangebote, zum Beispiel auf Bezirke- oder Stadtteilebene möglich ist.

Vorschlag:

Ergänzend dazu **verpflichtet sich der Senat**, das elektronische Planungssystem „Cockpit Soziale Infrastruktur“ bis Ende 2027 **so anzupassen**, dass eine kleinräumigere Betrachtung der pflegerischen Versorgungs- und Unterstützungsangebote **auf Stadtteilebene** möglich ist — **mit offener Zugänglichkeit für Fachplaner:innen, Träger und interessierte Bürger:innen**.

Erhöht Transparenz & Mitbestimmung (D5) durch Offenlegung und Partizipation, stärkt GWÖ-Treue durch konkrete Umsetzungsverpflichtung.

Zusammenfassung

Stärken

- Klare Verankerung des Prinzips 'Wohnen bleiben im Quartier'
- Integration von § 123 SGB XI-Modellvorhaben in die langfristige Rahmenplanung
- Fokus auf kleinräumige Datenbasis für partizipative Sozialplanung
- Interfraktionelle Kooperation zwischen SPD und GRÜNEN als Regierungsparteien

Schwächen

- Keine konkrete Finanzierungs- oder Zeitplanung für die Etablierung sorgender Gemeinschaften
- Keine Verankerung von Qualitätsstandards (z. B. Demenzkompetenz, LSBTIQ*-Sensibilität) im Antragstext

Original-Antrag

Drucksache 23/3726

Wohnen bleiben im Quartier · auch bei Pflegebedürftigkeit. Sorgende Geme-

Die folgenden Seiten enthalten den unveränderten Originalantrag.

Antrag

**der Abgeordneten Claudia Loss, Dr. Tim Stoberock,
Simone Gündüz, Jessica Hennig, Dirk Kienscherf, Sören Platten,
Dr. Isabella Vértes-Schütter (SPD) und Fraktion**

und

**der Abgeordneten Mechthild Weber, Linus Görg, Phyliss Demirel,
Mareike Engels, Lisa Kern, Jan Koriath, Parica Partoshoar, Dr. Selina Storm,
Kathrin Warnecke (GRÜNE) und Fraktion**

**Betr.: Wohnen bleiben im Quartier – auch bei Pflegebedürftigkeit. Sorgende
Gemeinschaften stärken und sektorenübergreifende Ansätze erproben.**

Im „Aktionsplan „Age friendly City“ – für ein altersfreundliches Hamburg“ hat sich die Stadt dafür ausgesprochen, den mit dem Demografiekonzept eingeschlagenen Kurs fortzusetzen und ein „Wohnen bleiben im Quartier“ zu fördern. Auch Menschen mit Pflegebedarf sollen ihrem Wunsch entsprechend möglichst bis an ihr Lebensende in ihrer Wohnung, zumindest aber in ihrem vertrauten Quartier, wohnen bleiben können.

Viele Menschen wünschen sich, in ihrem vertrauten Stadtteil alt zu werden, weil dieser mehr ist als nur ein Wohnort – er ist Teil ihrer Lebensgeschichte. Im gewohnten Quartier bleiben soziale Kontakte, Nachbarschaften und gewachsene Strukturen erhalten, die Halt und Zugehörigkeit geben. Zugleich ermöglicht die vertraute Umgebung ein selbstbestimmtes Leben, auch wenn körperliche oder kognitive Einschränkungen auftreten. Kurze Wege, bekannte Orte und unterstützende Angebote im direkten Umfeld erleichtern den Alltag und geben Sicherheit.

Die soziale Pflegeversicherung fördert auf der Grundlage von § 123 des Elften Sozialgesetzbuches (SGB XI) regionalspezifische Modellvorhaben für innovative Unterstützungsmaßnahmen und -strukturen für Pflegebedürftige, ihre Angehörigen und vergleichbar Nahestehende vor Ort und im Quartier. Die Förderung dient dazu, die Situation der Pflegebedürftigen und ihrer Angehörigen und vergleichbar Nahestehenden zu erleichtern, den Zugang zu den vorhandenen Pflege- und Unterstützungsangeboten zu verbessern, die Pflegeprävalenz positiv zu beeinflussen, den Fachkräftebedarf zu decken sowie ehrenamtliche Strukturen aufzubauen, eine bedarfsgerechte integrierte Sozialplanung zur Entwicklung des Sozialraumes zu unterstützen, Unterstützungs- und Entlastungsstrukturen für Pflegearrangements auf- und auszubauen und zu stabilisieren, innovative Konzepte zur Stärkung der gesellschaftlichen Solidarität zu entwickeln oder die Pflegeangebote untereinander digital zu vernetzen.

Die Hamburger Projekte im Modellvorhaben nach § 123 SGB XI laufen von Mai 2026 bis April 2029 mit einem Schwerpunkt auf dem „Wohnen bleiben im Quartier“ trotz Pflegebedürftigkeit. Im vorpflegerischen Bereich ist zudem das Projekt QplusAlter unterwegs. Das Bündnis für Gesundheit Hamburg der Gesetzlichen Krankenversicherung plant zudem ein Projekt „Alt werden im Quartier“.

Diese Förderung nach dem SGB XI soll dazu beitragen, an den Lebensgewohnheiten pflege- und assistenzbedürftiger Menschen orientierte pflegerische Versorgungsangebote sowie geeignete Rahmenbedingungen für gegenseitige Unterstützung, bürger-

schaftliches Engagement und Selbsthilfe zu schaffen und weiter auszubauen, die auf Dauer den Verbleib in der eigenen Wohnung und im vertrauten Quartier ermöglichen.

Die Modellprojekte können auch in Hamburg, einen Beitrag zur Stärkung „sorgender Gemeinschaften“ beziehungsweise von „caring communities“ leisten. Dabei handelt es sich um gesteuerte Netzwerke, die durch ein Zusammenspiel von bürgerschaftlicher Mitverantwortung und professioneller Unterstützung eine „Sorgekultur“ im Nahraum schaffen (siehe auch 7. und 9. Altersbericht der Bundesregierung).

Ergänzend dazu ist es nötig, das elektronische Planungssystem „Cockpit Soziale Infrastruktur“ zukünftig dahingehend anzupassen, dass eine kleinräumigere Betrachtung der pflegerischen Versorgungs- und Unterstützungsangebote, zum Beispiel auf Bezirke- oder Stadtteilebene möglich ist. So kann ein differenzierterer Blick auf die Ist-Situation gewonnen und als Grundlage für die weitere Ausgestaltung der Versorgung genutzt werden.

Die Bürgerschaft möge beschließen:

Der Senat wird ersucht,

1. die Etablierung von „sorgenden Gemeinschaften“ zu unterstützen und dafür diesen Ansatz in der Rahmenplanung der pflegerischen Versorgungsstruktur bis 2031 zu berücksichtigen,
2. zu prüfen inwieweit die pflegerische Versorgungsstruktur im „Cockpit Soziale Infrastruktur“ kleinräumiger dargestellt werden kann,
3. der Bürgerschaft im 3. Quartal 2028 auf Basis der Halbzeitberichte über die Hamburger Modellvorhaben nach § 123 des Elften Sozialgesetzbuches zu berichten, die im Jahr 2026 starten.